

# Wilsdruffer Tageblatt

Samstagsheft Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinstägig mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 5 Mk., durch unsere Kurträger jagegragen in der Stadt monatlich 5.50 Mk., auf dem Lande 5.65 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Preisliste: 1.50 Mk. für die 6 gefaltene Kopypapier oder deren Raum, Restraum, die 2 halbe Kopypapier 3.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen in amtlichen Zeitungen (zur Post) die gefaltene Kopypapier 4.50 Mk. Nachmittags-Beilage 50 Pf. Anzeigenannahme bis mittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträge übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Ersteinstägig seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 255.

Sonntag den 30. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Der Reichstagsrat erklärt in seiner Antwort auf die deutsche Note den deutschen Protest als nichtig und belanglos.
- \* Reichsfinanzminister Dr. Schiffer ist zu kurzem Aufenthalt nach Süddeutschland abgereist.
- \* Als deutsche Delegierte bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurden der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Schiffer und Dr. Lewald bestimmt.
- \* Rathenau erklärte, daß für seinen Rücktritt nur der Wunsch der demokratischen Fraktion maßgebend war.
- \* Die deutschen Ernährungsminister beschloßen in Oldenburg Maßnahmen gegen die Preistreiber in Kartoffeln.
- \* Briand sagte in einer Rede, Frankreich habe Ansprüche auf alles deutsche Privatigentum.
- \* Eine von der ungarischen Regierung entsandte Kommission hat von dem König Karl die Erklärung eines offiziellen Thronverzichtes verlangt.

## Die Patentmedizin.

Von besonders unterrichteter und sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Rißer Vandenberg, der bekannte New Yorker Finanzier, hat in diesen Wochen die Hauptstädte von Europa besucht und hat entsprechend der nicht zu theoretischen Untersuchungen, sondern vor allem zur praktischen Arbeit neigenden Art des amerikanischen Geschäftsmanns auch sofort einen Plan ausgearbeitet, den er in diesen Tagen deutschen Interessenten anvertraut und von dem er glaubt, daß seine Verwirklichung den valutakranken Ländern Europas Gesundheit bringen kann. Vandenberg bezeichnete seinen Plan als „Patentmedizin“. Wen sollte ein solcher Plan mehr interessieren als uns Deutsche, deren Währung heute im Auslande nur noch einen kleinen Teil des Friedenswertes besitzt?

Vandenberg will eine Zentralbank mit einem Kapital von einer Milliarde Golddollars ins Leben rufen. Diese Bank soll Noten ausgeben, welche zu 50 Prozent minimal durch Gold gedeckt sind. Er meint, daß man somit — gemäß auf die Garantie des Aktienkapitals, wie auch auf die Goldreserve — zu einem Notenumlauf von fünf Milliarden Dollars kommen kann, eine Summe, die phantastisch klingt, aber verständlich wird, wenn man sich die Inflation, d. h. die Überflutung mit Papiergeldscheinen, und die riesigen Schuldensummen der europäischen Staaten vergegenwärtigt. Auch die Golddeckung an sich, die Vandenberg auf minimal eine Milliarde Dollar, d. h. auf vier Milliarden Goldmark veranschlagt, liegt an sich nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Denn wenn auch 1914 der Umlauf an geringstem Golde in der ganzen Welt nur auf etwas über sechs Milliarden Mark geschätzt wurde, so ist es doch bekannt, daß von dem Goldschatz Europas allein sich heute circa 80 Prozent in Amerika befinden, so daß eine Bank, die in der Tat unter Beteiligung aller amerikanischen Finanzkräfte und unter der wertvollen Mitarbeit der übrigen Kulturnationen gegründet würde, auch Aussicht hätte, die von Vandenberg für notwendig gehaltene Goldsumme als Unterlage zu beschaffen. Man kann also ruhig einmal unterstellen, daß die Bankgründung selbst nichts ist, was undurchführbar wäre. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob und inwieweit dieses Institut in der Lage sein wird, das Valutastadium der europäischen Länder zu heilen oder zu lindern.

Valutakrankheit ist nicht nur Ausdruck für die Tatsache, daß die Währung des betreffenden Landes nicht in Ordnung ist, daß keine Goldreserve und keine Einzahlungsmöglichkeit mehr schützend hinter dem Papiergelde steht. Der Stand der Valuta ist vielmehr in gewissem Sinne auch das Barometer, von dem die Größe der wirtschaftlichen Notlage eines Landes und die Reihsummen in seiner Handels- und Zahlungsbilanz mit dem Auslande abzulesen sind. Diese hängen wiederum von der Unmöglichkeit zum ausreichenden Export und von den Notwendigkeiten eines schädlichen, weil die Kräfte des Landes übersteigenden, Imports ab. Auf diese Verhältnisse wird vornehmlich eine direkte Einwirkung der Vandenberg'schen Bank kaum zu erzielen sein. Sie wird sich hauptsächlich bemerkbar machen in einer Stillung der Valuta unter den Geschäftspunkten, daß die internationale Börsenspekulation in den Devisen notleidender Länder anstatt wie jetzt nach unten künftig mit der Richtung nach oben getrieben wird, weil nimmere die Devisenspekulanten einen mächtigen und kapitalstarken, an der Aufwärtsbewegung der minderwertigen Devisen interessierten Gegner zu fürchten haben. Ferner würde die Gründung der Bank insofern die notleidenden Devisen wieder heben, weil in der Bankgründung selbst endlich seit acht Jahren zum erstenmal das Prinzip der Solidarität der Weltwirtschaft und das allgemeine Interesse an einer finanziellen Wiedergewinnung Mittel- und Osteuropas bezeugt wird. Heute drückt auf die Devisen Deutschlands und Österreichs insbesondere der allmählich hingenommen gewordene Glaube weiter Kreise der Welt, daß Amerika und England und damit das internationale Kapital Mitteleuropas ruiniert, und daß es infolgedessen keinen Zweck hat, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen. Insofern könnte also unabweisbar von der neuen großen Bank eine Wirkung ausgehen, die für die Valuten Deutschlands, Österreichs und der übrigen

europäischer notleidender osteuropäischer Länder von großem Werte sein könnte.

Aber es genügt nicht, die Entwicklung einer Valuta nur von der finanziellen Seite allein beeinflussen zu wollen. Hand in Hand damit muß gehen die Einwirkung von der volkswirtschaftlichen Seite aus. Man kann die Valuta eines Landes mit zusammengebrochener Wirtschaft nicht „stabilisieren“, solange dieses Land durch eine ausbeuterische und erpresserische Politik seiner Segner mit Gewalt am wirtschaftlichen Aufstieg gehindert und blutiger gemacht wird. Mit anderen Worten: Die deutsche Valuta kann nur ganz unwesentlich, nicht aber so entscheidend, wie es nötig ist, gehoben werden, solange der Versailler Vertrag Gültigkeit hat. Vandenberg sieht das ein. Er sagt selbst, daß die Reparationslasten für Deutschland unendlich zu tragen sind und daß in seinem Interesse und in dem der ganzen Welt die Reparationsbedingungen des Versailler Vertrages abgeändert werden müssen. Das ist vorläufig nur ein Wort. Immerhin aber das Wort eines maßgebenden Finanzmannes. Gelingt es Herrn Vandenberg, dieses Wort zur Tat zu machen und die Entente davon zu überzeugen, daß die Weltwirtschaft Deutschlands Genesung gebieterisch verlangt, dann, aber nur dann kann seine Bank die großen Ziele, die er ihr steckt, auch erreichen.

## „Nichtig und belanglos...“

Die Antwort auf unsere Protestnote. Die deutsche Note, die auf Grund des Reichstagsbeschlusses zu der Senker Entscheidung über Oberschlesien nach Paris an die Vorkonferenz geschickt wurde, enthielt bekanntlich eine scharfe Rechtsverwahrung gegen die Grenzziehung in Oberschlesien. Wie zu erwarten war, ist dieser Protest in Paris sehr ungnädig aufgenommen worden. Die Antwort aus Paris liegt zwar noch nicht vor, aber Pariser Blätter wissen bereits zu melden, daß die Vorkonferenz der deutschen Regierung mitteilen wollte, daß sie den Protest als nicht erfolgt betrachte. Die deutsche Regierung habe überdies gar kein Recht gehabt, diese Einwendung gegen die Entscheidung des Völkerbundes zu äußern, da sie endgültig sei. Deutschland hätte lediglich seinen Bevollmächtigten zu ernennen und ohne Vorbehalt und mit allen Folgen die Regelung der Oberschlesischen Frage anzunehmen. Nach anderer Fassung will man antworten, daß unser Protest

als nichtig und belanglos betrachtet werde. Daß Deutschland einen Bevollmächtigten ernennen, könne als Hinweis dafür betrachtet werden, daß Deutschland ohne Vorbehalt und mit allen Folgen die Regelung der Oberschlesischen Frage annehme, wie sie ihm beflagmgegeben wurde.

Man hat sich in Paris, falls die Antwort tatsächlich so ausfällt, wie wohl kaum zu zweifeln ist, neben einem Irrtum auch eine recht überflüssige Unhöflichkeit gefeiert. Eine Anerkennung der Grenze ist mit dem Beschluß, einen Delegierten zu ernennen, keineswegs verbunden. Wir haben uns notgedrungen der Gewalt gefügt, aber das ist noch lange keine Zustimmung oder Anerkennung. Unsere nun einmal ausgesprochenen Protest aber als „nichtig und belanglos“ zu erklären, ist nicht nur ebenfalls ein nichtiges und belangloses Beglücken, denn er wird dadurch nicht unausgesprochen gemacht, sondern außerdem eine ganz gewöhnliche Grobheit. Niemand hat bei uns eine Zustimmung in Paris erwartet oder verlangt, wir haben uns mit diesem Protest überhaupt nicht an unsere Feinde, sondern an die internationale Welt gewandt, und vor dem Forum der Geschichte wird unsere Rechtsverwahrung trotz aller Pariser Ungezogenheiten bestehen bleiben.

## Die deutschen Unterhändler.

Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die vorgesehenen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Reichsjustizminister a. D. Schiffer und zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär Lewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet. Den Kommissaren wird ein Stab von wirtschaftlichen Sachverständigen beigegeben werden, zu denen u. a. auch Harrer Wlpha, der bekannte ober-schlesische Zentrumsabgeordnete, gehören wird. Zu Sachverständigen werden hauptsächlich Oberschlesier ausgewählt werden.

## Vertrauen in die Zukunft!

Rathenau über die deutsche Politik. So schwer auch die Sorge um die Zukunft nach den niederdrückenden Tagen der Entscheidung über Oberschlesien jedem Deutschen auf dem Herzen lastet, müssen doch auch die Stimmen wieder Gehör finden, die den Blick vertrauensvoll und mutig vorwärts lenken, besonders wenn sie von Männern ausgehen, deren genaue Kenntnis unserer wirtschaftlichen und politischen Lage nicht befürchten läßt, daß ihr Urteil eine bloße unbegründete persönliche Meinung sei. Der jetzt zurückgetretene Wieder-

baumminister Rathenau, dem auch von seinen Gegnern zugestanden wird, daß er zu dem ersten Mann unserer Gesamtlage gehört, hat jetzt in diesem Sinne in Mannheim vor dem demokratischen Jugendbunde eine Rede gehalten, in der er von der Vergangenheit eine Brücke in die Zukunft schlug, um das Vertrauen in die deutsche Lebenskraft zu stärken.

Rathenau erklärte, man dürfe sich jetzt dem Auslande gegenüber nicht auf den Standpunkt stellen: „Wir werden jetzt nichts mehr tun, wir erkennen den Vertrag von Versailles nur noch an als einen Fetzen Papier“; aber das Land dürfe auch nicht dahin gedrängt werden, daß es unter seiner Last zusammenbricht. Der größte Teil unserer künftigen Politik werde Reparationspolitik sein müssen. Gegenüber der Ansicht, Deutschland solle den Bankrott erklären, verwies Dr. Rathenau darauf, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands von Zeit zu Zeit geprüft werden müsse. Es gebe nur einen Weg, nämlich unsere Zahlungen zu vermindern in Sachleistungen. Dieser Weg ist beschritten in den Verhandlungen von Wiesbaden. Dr. Rathenau schloß: „Die hauptsächlichste Voraussetzung für unsere Erhaltung als Volk und als Ganzes ist, daß wir unsere inneren Qualitäten retten und erhalten. Wir fühlen in uns Lebenswillen, wir fühlen Vertrauen in die deutsche Zukunft. Wir wollen leben, aber wir werden auch leben.“

## Ein Briefwechsel.

Dr. Rathenau hat über die Frage der deutschen Reparationsleistungen ferner einen interessanten Briefwechsel mit einem der bekanntesten ausländischen Nationalökonomien dem Schriftsteller Norman Angell geführt, der schon vor dem Kriege durch sein Buch „Die falsche Rechnung“ berühmt wurde in welchem er die volkswirtschaftlichen Folgen eines europäischen Krieges als vernichtend für alle Teilnehmer, Sieger wie Besiegte, richtig voraus sagte. Norman Angell schrieb kürzlich an Rathenau, Deutschland möge den Alliierten eine Erklärung übersenden, in der gesagt werden könnte:

„Wenn wir einerseits von billigen Bezug von Rohmaterialien ausgeschlossen und andererseits durch schutzlose zivile Verordnungen von den Märkten anderer Länder abgeschnitten werden, so muß sich der Betrag, den wir zu zahlen imstande sein werden, naturgemäß erheblich verringern. Bevor wir nicht dagegen gesichert sind, wird unser Wille zu Reparationszahlungen durch politische, von den Alliierten selbst aufgestellte Hindernisse vereitelt.“ — Er meint, die Gelegenheit, eine solche Note zu überbringen, könne sich bald wieder bieten, und die Freunde des wirklichen Friedens mit Deutschland hoffen, daß sie nicht lange auf sich warten lassen werde.

Rathenau hat den Brief Norman Angells mit einem Schreiben beantwortet, in welchem er seine volle Zustimmung ausdrückt und sagt: „Der Angelpunkt der Fragestellung liegt in dem Problem: Ist ein deutscher Export in der erforderlichen Höhe möglich und ist er für die übrigen Nationen erträglich? Das er für die übrigen Nationen unerträglich ist, bedarf keiner Erörterung. Es stehen in Deutschland nicht mehr als 26 Milliarden Arbeitsstunden zur Verfügung, und mit diesen ist es ausgeschlossen, einen Export durchzuführen, den die Franzosen auf 26 Milliarden berechnen, der aber in Wirklichkeit mindestens 40 Milliarden betragen müßte, um die Reparationsleistungen zu erschwindeln.“

## Rathenaus Rücktrittsgelände.

In seiner Mannheimer Rede wies Rathenau auch darauf hin, daß ihn nicht außenpolitische Gründe gegen den Eintritt in das Kabinett bestimmt haben, sondern lediglich der Beschluß der demokratischen Fraktion, ihre Mitglieder nicht von neuem in das Kabinett eintreten zu lassen. Er selbst sei diesem Beschluß nicht beigetreten, aber als Demokrat erkläre er sich mit einem Beschluß auch dann solidarisch, wenn er selbst nicht von einsichtigen Männern auch gegen seine eigene Stimme.

## Die Preistreiber im Kartoffelhandel

Vollkommen ausreichende Ernte.

Im Reiche sind in diesem Jahre etwa 26 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet worden. Für die Ernährung der Bevölkerung sind etwa acht Millionen Tonnen erforderlich. Wir müßten also reichlich auskommen. Trotzdem besteht zurzeit nicht nur an zahlreichen Stellen ein direkter Mangel, sondern die Preise sind auch auf eine Höhe getrieben worden, so daß ohne Umschweife von einer öffentlichen Gefahr gesprochen werden muß, insofern der wachsenden Beunruhigung in weiten Volksteilen, Städter und Städter erhebt sich die Frage: Wo sind die mehr wie ausreichend vorhandenen Kartoffeln, wer ist für den Mangel und die Preistreiber verantwortlich zu machen? Werden doch schon seit Wochen nicht allein in Großstädten und Industriezentren, sondern auch andernorts für den Fein- und Mittelstand nicht mehr erschwinglich. Abhilfe ist dringend notwendig, um schlimmen Gefahren vorzubeugen.

## Die Konferenz der Ernährungsminister.

In Berücksichtigung der bedrohlichen Lage verammelten sich die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der einzelnen Länder des Reiches in Oldenburg. Den wichtigsten Beratungsgegenstand der Kon-